

**Wesensgebühre**  
 Die Wesensgebühre des hiesigen Sommererfolgs ist in der hiesigen Nummer des 1. Heftes des Monatsheftes veröffentlicht. Der Preis ist 1 Mark. Der Versand ist franco. Die Bestellungen sind an die Redaktion zu richten. Die Redaktion befindet sich in der Waisenhausstr. 30, Dresden.

# Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

**Meyer's mollige Schlafrocke.**  
**Meyer's Winter-Paletots, Joppen.**  
**Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.**

Telegr.-Adresse:  
 Nachrichten, Dresden

**Simon's Annen-Hof**  
 Dresden  
 (im Centrum der Stadt).  
**Vorzügliches Mittelstands-Hôtel**  
 für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.  
**Mässige Preise.**  
 Gutes Restaurant  
 Pilsner Actienbrauerei.

**C. Heinrich Barthel**  
 Patz- und Modewarenhaus  
**Neueste Modelle**  
 Eigene Filzhutfabrik  
 Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

**C. HESSE \* ALTMARKT**  
 Königlich Hoflieferant  
 Größtes Spezialgeschäft für weibl. Handarbeiten.  
**Hervorragende Neuheiten der Saison.**  
 Garantierte Brautkleider in allen Preislagen.  
 Reichste Auswahl aller Tapissier-Materialien.

**Familien-Nähmaschinen**  
**H. Grossmann, Nähmaschinenfabrik.**  
 Verkauf in der Fabrik: Dresden, Chemnitzstrasse 26, und Waisenhausstrasse 5, Striesenerstrasse 18.

**Tuchwaaren.** Lager hochfeiner deutscher und englisch. eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe **Pörschel & Schneider** Scheffelstrasse 19.  
 in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen.

**Nr. 299. Spiel:** Banffy über Ausgleich und Rücktritt Rathrein's. Hofnachrichten, Hogenhäben, Wuthmühlbe Witterung: Temperaturgang, teube. **Donnerstag, 28. October 1897.**

**Politik.**

Die beiden neuesten Vorgänge, die in Oesterreich das Tagesgespräch bilden, zeigen wieder einmal, daß die Lebensart von dem Lande der Ueberforschungen und Unabsehbarlichkeiten in ihrer Pointe nicht zu weit greift. Die zwei Ereignisse, um die es sich handelt, sind die Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Barons Banffy über die eventuelle einseitige Vertagung des ungarischen Antheils an den gemeinsamen Staatsbedürfnissen und der Rücktritt des Präsidenten Rathrein von der Leitung der Geschäfte des Abgeordnetenhauses. Kein äußerlich und formell betrachtet, mag es so scheinen, als bedingte die Gleichzeitigkeit jener Vorformnisse noch nicht einen inneren Zusammenhang zwischen ihnen. In Wirklichkeit ist ein solcher aber doch vorhanden, und zwar enthält die Kundgebung des ungarischen Ministerpräsidenten dadurch, daß der bisherige Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses unmittelbar davorher sein „Non possumus“ sprach, ihr aktuelles Mittel, das sie aus dem Rahmen einer bloß theoretisch-umständlichen, der praktisch-politischen Realität ermangelnden Möglichkeit herausreißt.

Baron Banffy hat im ungarischen Abgeordnetenhaus zu der Frage des Ausgleichs mit Oesterreich sich dahin geäußert, daß im äußersten Falle, wenn infolge gänzlicher Störung des parlamentarischen Apparats in der anderen Hälfte der Monarchie die verfassungsmäßig erforderliche gemeinsame Entscheidung des Gegenstandes nicht zu erzielen sein sollte, Ungarn selbstständig vorgehen und die verfassungsmäßig gemeinsamen Angelegenheiten einseitig behandeln würde; d. h. also, der ungarische Reichstag will alsdann allein und für sich darüber beschließen, welchen Antheil Ungarn an den gemeinsamen Staatsausgaben übernimmt, welche Höhe es gegenüber Oesterreich erhebt, wieviel Steuern es für die Arme stellt. Nach der bestehenden Verfassung liegt das Beschließungsrecht über die gemeinsamen Angelegenheiten bei den Delegirten, die aus den parlamentarischen Einzelvertretungen der beiden Staatshälften gewählt werden. Wenn hier dessen das von dem ungarischen Ministerpräsidenten in Aussicht gestellte Verfahren in Kraft tritt, so ist klar, wozu das schließlich führen magte. Es könnte nicht anders kommen, als daß Ungarn sich zuletzt völlig unabhängig machte und nur aus Gnade und Barmherzigkeit zur Vertretung der gemeinsamen Staatsbedürfnisse noch bewilligte, was ihm jeweils gut dünkte. Damit wäre der Dualismus, das staatsrechtliche Prinzip, das in dem gleichmäßigen Nebeneinanderbestehen der beiden Reichshälften und ihrer letzten Vertretung durch die Delegationsorganisation die einheitliche organisierte Grundlage der Gesamtmonarchie festsetzt, endgültig beseitigt und der Schwerpunkt der politischen Weiterentwicklung in Oesterreich-Ungarn ganz nach Budapest verlegt. Das ist ein Ausblick in die Zukunft, der es durchaus rechtfertigt, wenn sich in Oesterreich über die von dem Baron Banffy eröffnete Perspektive allgemeines Mißbehagen kundgibt. Sogar das führende deutschliberale Blatt in Wien, das sonst stets dem ungarischen Ministerpräsidenten den Schild zu halten pflegte, hat ihm jetzt die Heeresfolge auf durch die Erklärung, daß Oesterreich „ein solches Verhältnis unvoränderlicher Verbindung auf die Dauer nicht ertragen würde“. Die Monarchie würde dadurch „vor ganz Europa lächerlich gemacht werden“ und Baron Banffy sei, wenn er trotzdem jenen Standpunkt einnehme, nichts weiter als ein „Gelegenheitskandidat der Absolutismus, ein Bundesgenosse der Geyhen gegen die Deutschen“.

Die Gefahren für Oesterreich, die in der eigenmächtigen Stellungnahme der ungarischen Regierung zu der Möglichkeit eines einseitigen Verfassungskonflikts liegen, würden nur dadurch wichsam zu beschwören sein, daß die innerpolitische Situation in der österreichischen Reichshälfte wieder einen entschiedenen Schwung nach aufwärts bekäme. Gerade das Gegenteil ist es aber unglücklicherweise, das durch den Rücktritt des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Rathrein, von seinem Posten bezeichnet wird. Der deutschliberale Rathrein, ein Vertreter von konventionellen Sitten und geistlicher Bedenken, vertrat bisher in dem nach dem Auscheiden des Freiherrn v. Schumacher neu gewählten Präsidium des Abgeordnetenhauses neben einem Polen und einem Tschechen das deutsche Element. — Er hat sich zwar auch mehrfache Angriffe von Seiten der deutschen Opposition in der Dipe des Reichstages gelassen lassen müssen und es ist ihm freimüthig gelungen, der Sturmwinden in der parlamentarischen Arena Herr zu werden. Gleichwohl vereinigte sich auf ihn die moralische Hochachtung der gemeinsamen deutschen Elemente des Hauses, ein Umstand, der deutlich in die Entscheidung trat, als in der endlosen Dauerhaftigkeit vom Dienstag Mittwoch voriger Woche der grenzenlos unbeliebte und störend wirkende politische Vizepräsident Abrahamowicz durch sein propagandistisches Verhalten gegenüber den Deutschen beinahe einen Ausbruch von Thätlichkeiten entzweit hätte. Damals gelang es nur dem ruhigen Dazwischentreten des Präsidenten Rathrein, die erregten Gemüther sowohl zu beschwichtigen, als wenigstens das Vergehen, die Entwertung der parlamentarischen Geschäfte durch die rohe Faustkampfe, verhindert wurde. Einen weiteren Beweis seiner Beliebtheit lieferte der Präsident Rathrein dadurch, daß es ihm nach jener erschöpfenden und anstrengenden Dauer Sitzung gelang, mit der Obstruktion ein Einvernehmen wenigstens darüber zu erzielen, daß jede einzelne Sitzung, unbeschadet der im Uebrigen ununterbrochen behauptenden obstruktionellen Kampfweise, nicht über ein gewisses Ziel hinausgehen, sondern nach dessen Ablauf durch den Präsidenten der Schluss herbeigeführt werden sollte. Auch während der Verhandlungen handhabte der Präsident Rathrein seine Mandatsbefugnisse mit größtmöglicher Unparteilichkeit und nahm mehrfach Gelegenheit zu, Uebergriffe der Polen und Tschechen entschieden zurückzuweisen. Dieses Alles scheint die politisch-gerichtlichen Elemente der Reichshälfte nicht verdrängen zu haben, so daß sie schließlich am Donnerstag eine Art von Ultimatum des Inhalts richteten, daß er den Deutschen gegenüber die Zugehörigkeit anzudeuten habe. Daraus deutet die Begründung, die Herr Rathrein privatim für seinen Rücktritt gegeben hat, daß er sich nicht als Stützpunkt gegen die Deutschen benutzen lassen wolle, weil er selbst ein Deutscher sei.

Es ist keine Frage, daß das Verschwinden der lebenswichtigen und ausgleichenden Persönlichkeit des Präsidenten Rathrein von der parlamentarischen Wirklichkeit die Lage auf's Neue ungelöst hat. Voraussetzlich dürfte sich die Obstruktion nunmehr an das

mit dem verflochtenen Präsidenten getroffene Abkommen bezüglich der Sitzungsdauer für nicht mehr gebunden erachten. Außerdem verlaute, daß eine neue Ministeranfrage (wegen der Judexpremierverordnungen) eingebracht werden soll. Ueber die Absichten der Reichshälfte wird gemeldet, daß noch einmal der Versuch gemacht werden sollte, der Obstruktion auf dem Wege der Abänderung der Geschäftsordnung beizukommen, in der Weise, daß die zeitweilige Ausschließung einzelner Mitglieder eingeführt würde. Am Falle des Wählens dieses Planes sollte die Schließung des Hauses erfolgen. Und dann? Die Aufhebung der Verfassung würde in unheimliche Höhe rücken und den Auslassungen des ungarischen Ministerpräsidenten eine bitterböse praktische Bedeutung verleihen. Angesichts dieser Sachlage bleibt nur der einzige Trost übrig, daß die augenblickliche Wechsellagerung nicht von so ferren Gefährten ist, als das verhängnisvolle Experiment eines Verfassungskonflikts auf ihre Verantwortung nehmen zu können. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichshälfte, die durch den Antrag des deutschliberalen Führers Baron v. Dipauli auf Aufhebung der Sprachverordnungen hervorgerufen wurden, sind noch nicht beizulegen. Vielmehr vertritt sich neuerdings die Wahrscheinlichkeit, daß der Baron v. Dipauli es mit seinem Antrage doch ernter meine, als man in deutschen Kreisen bislang anzunehmen geneigt war. Deutsche Parlamentarier wollen logischer Weise, daß Baron v. Dipauli zurücktritt, bei der Verabreichung über die nächste Ministeranfrage (die heute in am Dienstag durch den mit 172 gegen 146 Stimmen beschlossenen Uebergang zur einseitigen Tagesordnung erledigt worden) eine motivirte Tagesordnung zu beantragen, in der wegen des Erlasches von Sprachverordnungen das Beharren ausgeübt und die Regierung zu: Neigung der Sprachverträge auf dem gesetzlichen Wege aufgefordert wird. Ein Schritt Baron v. Dipauli wird nicht, so würde damit der erste Schritt — und nur dieser ist es nach dem Spitzwort, der etwas fohet — getan sein auf der Bahn eines gemeinsamen politischen Vorgehens der fünf deutschen Gruppen. Ist es aber einmal erst soweit gekommen, daß Deutschliberale, Deutschnationale, Deutschsozialisten, Deutschchristliche und Christlichsozialen an einem Stränge ziehen, nur von dem einen Willen beseelt, in diesen schweren Zeitläufen ausschließlich die deutsche Idee und in und mit ihr den österreichischen Staatsgedanken hochzuhalten, dann wird auch die Zukunft Oesterreichs wieder aussichtsreich und geriet gegen den nationalen Väter sein. Schon lächeln die Gelehrten eine solche Konstellation und das Gelehrten Verdicten beruht sich, in drohen ein Ton, dem man aber einen gewissen Kleinmuth anmerkt, zu erklären, daß einem Siege der deutschen Opposition unweigerlich eine gleiche Obstruktion folgen werde. Dieser Eventualität könnten die Deutschen, soviel sie in geschlossener Einigkeit zu verharren gewillt sind, jedoch entgegenstellen, in dem Bewußtsein, daß die führende Einigkeit zum Zwecke des Ausbaues und der Erhaltung verfassungsmäßiger Einrichtungen in Oesterreich und zur Aufrechterhaltung des Ausgleichs mit Ungarn und damit des dualistischen Prinzips unentbehrlich ist. In diesem Sinne ist es unabweisbar richtig, wenn der Abgeordnete Journer in der Dienstags-Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte, die Opposition der Deutschen sei nicht nur eine nationale, sondern auch eine staatsrechtliche. Die gleichzeitige Verhinderung des Abgeordneten, daß die Deutschen in Oesterreich zwar stolz auf die Sympathien der großen deutschen Nation, aber auch gewillt seien, ihren Kampf ohne fremde Hilfe auszufechten und nur zu gesetzlichen Mitteln zu greifen, wird dazu dienen, die fern verfassungsmäßige Haltung der deutschen Opposition in helles Licht zu setzen und das Uebel zu rechtfertigen, das nur, wenn Alles, was deutlich ist, sich in Oesterreich um eine gemeinsame Fahne scharte, dann aber auch sicher, die Monarchie vor weiteren schweren Erschütterungen bewahrt bleiben würde.

**Bernbergs- und Bernbergs-Berichte vom 27. October.**

\* Darmstadt. Die Kaiserin Alexandra empfing heute den preussischen Generalen Freiherrn von der Goltz.  
 Altenburg. Die Leiche der Herzogin Agnes traf heute Nachmittag, begleitet von dem Herzog Ernst und der Prinzessin Albrecht von Preußen, hier ein. Am Bahnhof waren zum Empfang anwesend Prinz Wurm, sowie die Staatsminister und die Vertreter der Militär- und Civilbehörden. Unter dem Gelächte der Götter wurde die Leiche alsbald durch die Straßen, welche tiefen Trauerkummer trugen und in denen die Militärvereine und Schulen Spalier bildeten, nach dem Schlosse abgeführt, wo sie aufgebahrt wurde. Die Beisetzung in der Herzoglichen Capelle findet Sonntag Abend Nacht statt.  
 Wien. Abgeordnetenhaus. Nach 13 namentlichen Abstimmungen beantragte der Vizepräsident Ramacker, die Sitzung zu schließen. Der Abgeordnete Javorsek beantragt, wegen der großen Wichtigkeit des Auswärtigen Provisoriums mit Ungarn nunmehr täglich zur ausschließlichen Verhandlung der Provisoriumsangelegenheiten abzuhalteten. Die Abgeordneten Hanke und Kaiser protestiren gegen die Zulassung dieses Antrages zur Abstimmung, da derselbe gegen die Geschäftsordnung verstoße. Nach heftiger Controverse des Vizepräsidenten mit der Opposition schloß der Vizepräsident unter Wärm der Linken vor, morgen zunächst über die Ministeranfrage und Abends dann über das Ausgleichs-Provisorium zu verhandeln. Der erste Theil dieses Vorschlages wird mit großer Majorität angenommen. Der zweite Theil wird in namentlicher Abstimmung mit 184 gegen 50 Stimmen angenommen, nachdem die gemeinsame Linke den Saal verlassen hatte. Sobann gelangt der Antrag Javorsek zur Annahme. Die nächste Sitzung findet morgen Mittags statt.

von einem Drie am Eingange des Olschows aus gehört haben. Nach den Erklärungen Anderer sollen diese Rufe Vogelgeiere gemeint sein.  
 \* Petersburg. Bei der in der Dorskirche zu Abmeien durch den Rus „Feuer“ verursachten Katastrophe sind nach weiteren Berichten 20 Personen umgekommen, 9 schwer und 130 leicht verletzt worden. Aus Tadmow ist eine Abtheilung barmherziger Schwestern mit Verbandmaterial zur Hilfeleistung nach Rymelew abgegangen.

Berlin. Aus Darmstadt wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Es haben gestern früh im Palais Crovagen darüber stattgefunden, ob eine authentische Aufklärung über die Abweisung des Besuchs des Großherzogs von Baden erfolgen sollte. Man hat geglaubt, zunächst davon absehen zu sollen. Es wird übrigens nochmals berichtet, daß die Form der Abweisung keineswegs die Scharfheit zur Schau teure, welche die „Frankf. Ztg.“ annehmen läßt. — Von anderer Seite wird aus Darmstadt berichtet, daß der Deputationswechsel wegen des Besuchs des Großherzogs gar nicht durch das hiesige Oberbismarckshaus, sondern direkt zwischen dem Kaiser Nikolaus und dem Großherzog von Baden erfolgt ist, weshalb Darmstädter Hofkreise alle Verantwortung für die Auslösung der Animosität abweisen. Man sei in Darmstadt einigermassen verlegt über die scharfe Form des Kaiserlichen Dekretes. Bei einem Verfahr von Bismarckshaus zu Bismarckshaus hätte es etwas nicht vorkommen können. Das irgend eine Verständigung zwischen Baden und Hessen vorliege, wird bestritten, andererseits will der Wiener Korrespondent des „Tulay Telegraph“ von hochgestellten Diplomaten erfahren haben, vor der Ablehnung des Besuchs des Großherzogs von Baden habe der Graf von Rastbach Wilhelm Aufklärung über die Angelegenheit gegeben. Der Graf nehme Partei für die Familie seiner Gemahlin bezüglich der jetzt geronnener Zeit sehr gespannten Beziehungen zwischen den Höfen von Kaiserthum und Darmstadt. Ueber dies sei der Graf verstimmt, daß der Großherzog, trotzdem das französisch-russische Bündnis eine unabweisliche Thatsache geworden, als russischen Großfürsten, die Baden besuchten, ignorierte. Die französischen Blätter legen sich die Sache dahin zurecht, daß der Graf aus Rücksicht auf Frankreich das Kaiser-Wilhelm-Denkmal nicht in am liebher und formeller Weise beschuldigen wolle. — Fürst Metternich, der Herausgeber des „Globe“, der gegenwärtig in Berlin weilt, hat einem Mitarbeiter der „Post“ beibringt, daß er nicht an das Vorhandensein eines geschlossenen russisch-französischen Bündnisses glaube und bestoht, daß die gleiche Ansicht in zahlreichen politischen Kreisen Englands weitet werde. Natürlich läßt sich das ein russisch-französisches Freundschaftsbündnis nicht aus. Dieses Verhältnis wird nach Meinung des Fürsten allein auf sich selbst gestellt, ohne einen unmittelbaren Zweck, da ja ein einmaliges Zusammengehen in freizeitlichen Beziehungen bei dauernder Friedenslage ausgeschlossen sei. Die beiden Mächte müßten daher einen Anstoß haben und hierüber bieten sich allein Deutschland dar. Russland, Frankreich, im Verein mit Deutschland ist die einzige rationale Politik der Zukunft. Fürst Metternich denkt hierbei natürlich nicht daran, daß Deutschland seine eigenen Bundesinteressen verlegen solle, er stellt sich das Verständnis vor, daß England den Vermittler zwischen Frankreich und Deutschland zu bieten habe. Die Spitze einer so geschaffenen Konstellation mußte sich gegen England richten. England sei der Zeit von ganz Europa, es spanne seine Fingerringe über die ganze Welt und habe in diesem Beginnen vor Allem deshalb Erfolg, weil Europa fortgesetzt in mehrere Heerlager getheilt sei. Ein festes Zusammengehen zwischen England, Frankreich und Deutschlands würde ein richtiges Bollwerk gegen England für die Allen gleich gefährlichen Unterliebe bedeuten. Der Fürst bemerkt noch bezüglich der Verlegung des Volkstheaters v. Kellow von Konstantinopel nach Rom, Rom bedeute in diesem Falle nur den Durchgangsposten für Paris. — Die österreichischen Reichsrathsabgeordneten Dr. Jank, Heinrich Wade und Carl Derrmann Wolf werden am 12. Nov. hier in einer öffentlichen Versammlung über die Lage der Deutschen in Oesterreich sprechen. — Eine Anzahl der kaiserlichen Unten angehörige Stadtratsmitglieder haben folgenden dringlichen Antrag eingebracht: Den Magistrat zu ersuchen, mit der Stadtverordneten-Versammlung in gemeinsamer Deputation über die Errichtung eines Denkmals für die am 18. März 1848 Gefallenen zu berathen.

Altenburg. Die Leiche der Herzogin von Altenburg wurde heute von dem Schlosse Hummelshain nach Altenburg überführt. In dem Sonderzuge befanden sich der Herzog von Altenburg und die Prinzessin Albrecht.

Darmstadt. Der Dampfer „Casuar“ ist bei Santa Arenas in Süd-Kalifornien auf einen Felsen gestochen und gesunken. Von der Besatzung sind 13 Mann errettet, nur 2 wurden gerettet.

Paris. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, der den Untertanen gestatten soll, ihre Wirtschaftsergebnisse als Unterlage von Vorkontrollen zu verpflanzen, das Land aber bis zum Verlust in eigener Verantwortung zu behalten.

Madrid. Seitens der Regierung wurden Truppen nach Nord-Spanien beordert, die den Auftrag haben, einen eventuellen lauzilischen Aufstand zu verhindern.

London. Wie aus Glasgow gemeldet wird, haben sich die Maschinenbauer entschlossen, ihre Forderung betreffend die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden zurückzugeben. Eine Vorbeugung mit den Arbeitgebern wird wahrscheinlich binnen einer Woche stattfinden.

Belgrad. Gerüchweise verlautet, daß durch eine otkroffene Verfassungsänderung König Milan zum Mitregenten ernannt werden sollte.

Washington. Der Nordpolfahrer Ransen wurde gestern vom Präsidenten Mac Kinley im Weißen Hause empfangen.

Die heutige Berliner Börse zeigte im Ganzen eine recht feste Tendenz; der Verkehr freilich war, wie an den Vortagen, nicht allzu belebt. Die feste Haltung nahm hauptsächlich vom Bank- und Montanaktienmarkt ihren Ausgang. Am Montanaktienmarkt stimmte besonders der Bericht der Laurahütte, wie er in der heutigen Generalversammlung erstattet worden war, seine Nachrichten, daß die preussischen Staatsbahnen größerer Vorkellungen zuließe würden. Im weiteren Verlauf der Börse trat eine leichte Abmilderung ein, doch blieben die Kurse ziemlich immer noch höher als am getrigen Schluß. Banaktien liefen, namentlich Handelsantheile und Deutsche Bank bevorzugt. Deutscher Aktienmarkt beachtet, von fremden Bahnen Franzosen, Zulieferer und Prince Denis höher. Recht fest lag, wie bereits angedeutet, der Montanaktienmarkt, die Kurse für Kohlen wie für Hüttenwerke waren wesentlich höher, besonders Bochumer, Laurahütte, Harpener und Oibernia. Fremde Renten fester, aber still; heimische Fonds

Gründungs-Verhältnisse  
 Dresden, Marktstr. 79.